

Amtsblatt für den Landkreis Oberallgäu

Herausgegeben vom Landratsamt Oberallgäu in Sonthofen
www.oberallgaeu.org/amsblatt

Das Amtsblatt für den Landkreis Oberallgäu wird auf der Internetseite des Landratsamts Oberallgäu unter www.oberallgaeu.org/amsblatt seit 01. November 2024 ausschließlich digital veröffentlicht und dort dauerhaft abrufbar gehalten. Bei der Poststelle des Landratsamts Oberallgäu in 87527 Sonthofen, Oberallgäuer Platz 2, Zimmer E.09 ist ein Ausdruck zur Einsicht für jeden auf Dauer niedergelegt. Die Niederlegung erfolgt am Tag der digitalen Veröffentlichung.

Unsere Öffnungszeiten finden Sie unter www.oberallgaeu.org/oeffnungszeiten.

Jahrgang 2024

26.11.2024

Nummer 49

Bekanntmachung des Abwasserverbandes Obere Iller

Einladung zur Sitzung der Verbandsversammlung

Ort: Großer Sitzungssaal der Stadt Sonthofen

Zeit: Mittwoch, 4. Dezember 2024, 09:00 Uhr

Tagesordnung Verbandsversammlung

Öffentliche Sitzung

1. Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung vom 11.10.2024
3. Sachstandsberichte und Mitteilungen:
Berichte zu den laufenden Projekten
4. Haushaltsangelegenheiten:
 - 4.1 Bericht über die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2013 bis 2022 durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband
 - 4.2 Feststellung der Jahresrechnungen 2019 bis 2023
 - 4.3 Entlastung für die Rechnungsjahre 2015 bis 2023

4.4 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2025 nebst Anlagen

5. Gewässerschutzbericht 2023

6. Verschiedenes und Anfragen

gez.

Dieter Fischer
Verbandsvorsitzender

329

Zweckverband
Land- und Alpwirtschaftsschule Immenstadt i. Allgäu

E I N L A D U N G

zu der am

Dienstag, den 03.12.2024, um 08:30 Uhr

im Grünen Zentrum

stattfindenden öffentlichen

V e r b a n d s v e r s a m m l u n g

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch die Vorsitzende
2. Genehmigung der Niederschrift vom 31.10.2023
3. Bericht des Schulleiters
4. Haushaltsangelegenheiten:
 - 4.1 Feststellung der Jahresrechnung 2023 und Entlastung
 - 4.2 Zwischenbericht zum Haushalt 2024
 - 4.3 Beschlussfassung über den Haushalt 2025
5. Verschiedenes, Bekanntgaben, Anfragen

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Simone Vogler
Verbandsvorsitzender

330

Bekanntmachung der Gemeinde Burgberg i.Allgäu

Gemäß Beschluss des Gemeinderates vom 10.06.2024 wird ein Teilbereich des im Gemeindegebiet Burgberg i.Allgäu befindenden Weges „Weg zum Mühlenweiher“ nach Art. 8 BayStrWG eingezogen. Der einzuziehende Teilbereich hat eine Länge von 0,150 km.

Anfangspunkt Flur Nr. 2/48: Südgrenze Mühlenstraße Flur Nr. 16/10
Endpunkt: Flur Nr. 2/48: Blaichacher Str. Flur Nr. 870/26

Die Einziehungsverfügung kann während der Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung, Grüntenstraße 2, 87545 Burgberg im Vorzimmer eingesehen werden.

Burgberg i.Allgäu, den 15.11.2024

gez.
E c k a r d t
Erster Bürgermeister

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Augsburg, Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg, Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg auch elektronisch nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vhg.bayern.de) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Gemeinde Burgberg i. Allgäu, Grüntenstr. 2, 87545 Burgberg) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen. Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vhg.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

325

Bekanntmachung der Gemeinde Burgberg i.Allgäu

Satzung

über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze

der Gemeinde Burgberg i.Allgäu (Grundsteuerhebesatzsatzung)

vom 20.11.2024

Aufgrund des Art. 22 Abs. 2, Art. 23 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.02.1998 ((GVBl. S. 796), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 6 der Verordnung vom 4. Juni 2024 (GVBl. S. 98)) und Art. 18 des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.04.1993 ((GVBl. S. 264), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 10 der Verordnung vom 4. Juni 2024 (GVBl. S. 98)) in Verbindung mit § 25 Abs. 1 und 2 des Grundsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.08.1973 ((BGBL. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Jahressteuergesetzes 2022 vom 16.12.2022 (BGBL. I S. 2294)) und Art. 5 des Bayerisches Grundsteuergesetzes vom 10.12.2021 ((GVBl. S. 638), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 21.04.2023 (GVBl. S. 128)) erlässt die Gemeinde Burgberg i.Allgäu folgende Satzung:

§ 1 Grundsteuerhebesätze

Die Steuersätze (Grundsteuerhebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|------------------|
| 1. Grundsteuer A (für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe) | 350 v. H. |
| 2. Grundsteuer B (für Grundstücke) | 430 v. H. |

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

Burgberg i. Allgäu, den 20.11.2024
GEMEINDE BURGBERG I.ALLGÄU

Gez.

André Eckardt
Erster Bürgermeister

326

Bekanntmachung der Gemeinde Burgberg i.Allgäu

SATZUNG

der Gemeinde Burgberg i.Allgäu über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Ortszentrum Burgberg i.Allgäu“

Aufgrund des § 142 Abs. 1 und 3 des Baugesetzbuches (BauGB, in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017, BGBl. I Seite 3634) zuletzt geändert mit Gesetz vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) in Verbindung mit Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998, GVBl. S. 796) zuletzt geändert durch Gesetz vom 04. Juni 2024 (GVBl. S. 98) erlässt die Burgberg i.Allgäu gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 11.11.2024 die Sanierungssatzung in der Fassung vom 08.07.2024.

§ 1

Festlegung des Sanierungsgebietes

In dem betreffenden Gebiet liegen städtebauliche sowie funktionale Mängel und Missstände vor. Das Gebiet soll durch städtebauliche Sanierungsmaßnahmen wesentlich verbessert werden.

Das Sanierungsgebiet umfasst alle Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb der im Lageplan M 1:2.500 abgegrenzten Flächen. (Anlage 1)

Alle betroffenen Grundstücke und Grundstücksteile sind in der beigelegten Liste (Anlage 2) aufgeführt.

Der Lageplan und die Liste der im Sanierungsgebiet gelegenen Grundstücke sind Bestandteile der Satzung und dieser als Anlage beigefügt. Die Satzung mit Anlagen kann während der allgemeinen Dienstzeit im Rathaus von jedermann eingesehen werden und wird auf der Website der Gemeinde Burgberg i.Allgäu unter der Rubrik Ortsrecht (<https://gemeinde-burgberg.de/rathaus-burgberg/ortsrecht-satzungen-und-verordnungen/>) eingestellt.

Werden innerhalb des Sanierungsgebietes durch Zusammenlegungen Flurstücke aufgelöst und neue Flurstücke gebildet oder entstehen durch Grundstücksteilungen neue Flurstücke, so sind auf diese die Bestimmungen dieser Satzung ebenfalls anzuwenden.

§ 2

Sanierungsgebiet „Ortszentrum Burgberg i.Allgäu“

Das insgesamt 17,65 ha umfassende Gebiet wird als förmliches Sanierungsgebiet „Ortszentrum Burgberg i.Allgäu“ festgelegt.

§ 3

Verfahren

Die Sanierungsmaßnahme wird im vereinfachten Verfahren durchgeführt. Die Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156a BauGB ist ausgeschlossen.

Gemäß § 142 Abs. 3 BauGB wird die Rechtskraft der Sanierung auf 15 Jahre befristet. Sollte die Durchführung der Sanierung bis zum 31.12.2039 nicht abgeschlossen werden können, kann die Rechtskraft der Satzung mit entsprechender Begründung nach Prüfung des tatsächlichen Standes der Sanierung durch Beschluss des Gemeinderates verlängert werden.

§ 4

Genehmigungspflichten

Im Sanierungsgebiet „Ortszentrum Burgberg i.Allgäu“ finden die Vorschriften des § 144 Abs. 1 BauGB Anwendung (s.a. § 143 Abs. 2 S.4 BauGB). Nach §144 Abs. 3 BauGB erteilt die Gemeinde eine pauschale Befreiung von der Genehmigungspflicht durch eine allgemeine Genehmigung für Vorhaben und Rechtsvorgänge nach § 144 Abs. 1 Ziffer 2 BauGB.

Auf der Grundlage von § 142 Abs. 4 BauGB wird die Genehmigungspflicht nach § 144 Abs. 2 BauGB vollständig ausgeschlossen (s.a. § 143 Abs. 2 S. 4 BauGB)

§ 5

Inkrafttreten

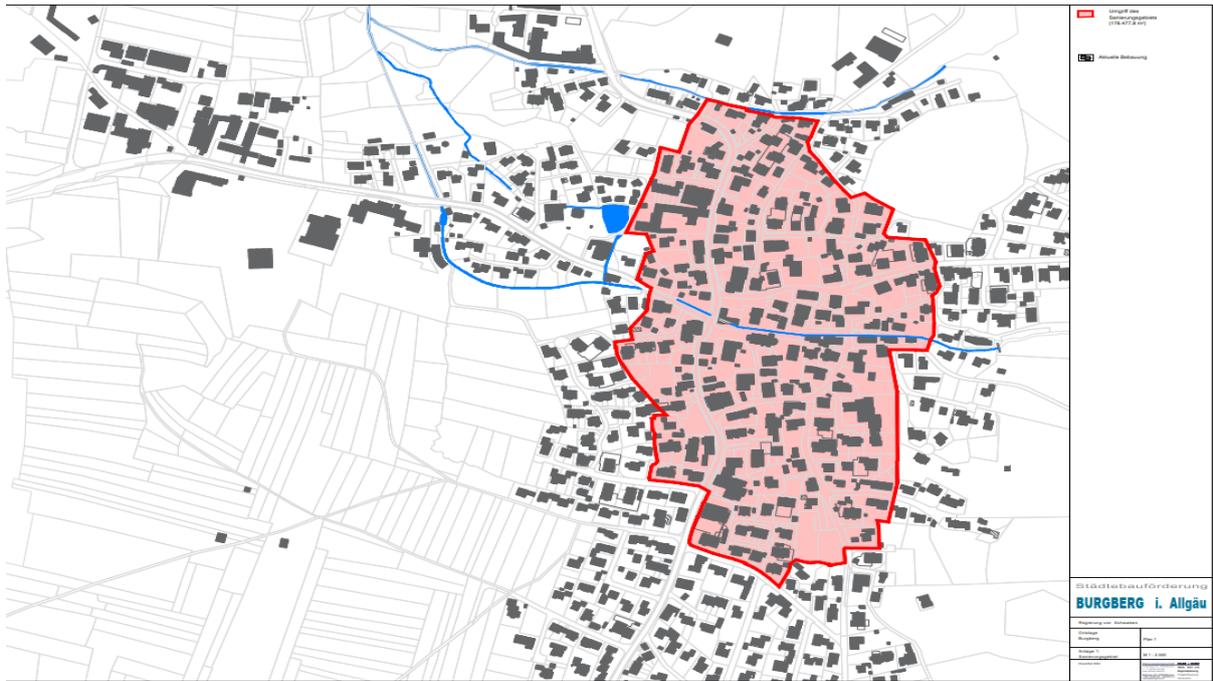
Diese Satzung wird gemäß § 235 Abs. 1 Satz 4 BauGB mit der Bekanntmachung am 26.11.2024 rechtsverbindlich. Gleichzeitig tritt die Satzung der Gemeinde Burgberg i.Allgäu über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Altdorf“ vom 27.09.1999 (Bekannt gemacht im Amtsblatt Nr. 43 des Landkreises Oberallgäu vom 26.10.1999) außer Kraft.

Burgberg i.Allgäu, den 21.11.2024
GEMEINDE BURGBERG I.ALLGÄU

Gez.

.....
André Eckardt,
Erster Bürgermeister

327



Betroffene Grundstücke

Sanierungsgebiet "Ortszentrum Burgberg i.Allgäu"

Anlage 2 - Liste der betroffenen Grundstücke

Flur-Nrn. der Gemarkung Burgberg i.Allgäu:

9/2	9/3	9/4	10
10/1	10/2	11	11/1
11/2	11/3	11/4	15
15/1	16/2	16/6	16/7
16/9	16/11	16/12	16/10 Teilfläche
16/13	16/14	16/16	16/17
16/19	16/20	16/21	16/22
16/23	16/24	16/25	16/26
16/28	16/29	16/30	16/31
16/32	16/35	16/37	18/1 Teilfläche
18/2	19	19/1	20 Teilfläche
22/1	22/2	22/3	24
24/1	26	27	28
29	29/1	30	31
32	34/2 Teilfläche	40	41
42	43	44	45
49	49/1	57	62
63	69	69/1	83
83/2	83/4	83/5	84
85	85/1 Teilfläche	86	87
87/3	88	88/1	88/3
89	89/2	89/3	90
91	93	93/2	93/3
93/4	93/5	93/6	93/7
94	95	95/1	96
96/2	96/3	96/4	97
97/1	98	99	100
101	102	102/2	102/3
102/4	102/5	103	104
105/2	106	106/1	110
111	112	113	114/2
115	116	117	117/1
118	119	120	121
121/1	122	122/1	123
125	125/2	125/3	125/4
125/5	126	126/4	127
128	128/5	129	129/4
129/6	129/7	131/4	132

132/1	132/2	132/3	132/4
132/5	132/6	133/2 Teilfläche	133/4
133/7	133/9	133/11 Teilfläche	133/12
133/13	133/14	134	135
135/1	136	136/2	136/3
137	138	138/2	138/4
139	146	146/4	146/5
146/6	146/7	146/8	146/13
146/14	146/15	146/17	146/18
146/22	146/23	146/24	146/25
146/26	146/27	146/28	147
147/1	147/2	147/3	147/4
148	149	150	150/1
150/2	151	152	153
153/1	153/2	154	155
156	157	157/1	158
159	159/1	159/2	160
162	163	163/2	163/3
163/4	164	165	165/1
166	166/2	166/3	166/4
167	167/3	168	169
170	171	171/1	171/2
171/3	171/4	171/5	171/6
171/7	173	175	176
177	177/2	177/3	177/4
177/5	177/6	179	179/3
179/4	179/5	179/6	179/7
179/8	179/9	179/10	180
180/1	180/2	180/3	180/4
181	182	182/3	184
185	186	187	187/2
187/4	187/5	188	188/2 Teilfläche
188/3 Teilfläche	188/4	188/5	188/29
188/30	188/31	188/33	188/34
188/35	188/37	188/38	188/39
188/41	188/42	188/43	188/47
196/1	476/2 Teilfläche	476/12	476/14
476/32 Teilfläche	476/37	852/3	852/4 Teilfläche
852/6	852/7	853	853/1
854/2 Teilfläche	854/3	854/7 Teilfläche	857/22 Teilfläche
897/2 Teilfläche	917/5	917/11	1792/4 Teilfläche
1792/5	2016/2 Teilfläche	2016/3	2027/14 Teilfläche
2028/5	2029/1 Teilfläche	2029/3	2029/11 Teilfläche
2030/3 Teilfläche	2030/4 Teilfläche	2037/6	2040/6

Bekanntmachung des Landratsamtes Oberallgäu

Öffentliche Bekanntmachung

Das Landratsamt Oberallgäu hat mit Bescheid vom 20.11.2024, (Bpl.Nr. 0553/24) die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage Heuberg in Waltenhofen, (Fl.Nr. 388, 390, 391/2, 392, 392/2, 392/5, 410, 411, 412/2, 415, 415/2, 416, 417, 418, 418/2, 418/3, 419, 420, 424/7), Gemarkung Martinszell i.Allgäu, bauaufsichtlich genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid **kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in 86152 Augsburg, Kornhausgasse 4
Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz **zugelassenen** Form.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).

Der in § 55d VwGO genannte Personenkreis muss Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verwaltungsgebühr fällig.

gez.: Markus Haug

Die genehmigten Planunterlagen können beim Bauamt des Landratsamtes Oberallgäu in 87527 Sonthofen, Oberallgäuer Platz 1, Zimmer 2.37, und bei der Gemeinde Waltenhofen, Rathausstraße 4, 87448 Waltenhofen eingesehen werden.

Markus Haug

328

<p>Bekanntmachung</p> <p>der Gemeinde Fischen i.Allgäu</p> <p>der Satzung über die Festsetzung der</p> <p>Grundsteuerhebesätze der Gemeinde</p> <p>Fischen i.Allgäu (Hebesatzsatzung) vom 19.11.2024</p>	
---	---

Hiermit wird die am 18.11.2024 vom Gemeinderat Ofterschwang beschlossene und am 19.11.2024 ausgefertigte Satzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze der Gemeinde Fischen i.Allgäu (Hebesatzsatzung) öffentlich bekanntgemacht:

SATZUNG

über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze¹

(Hebesatzsatzung)

in der Gemeinde Fischen i.Allgäu
vom 19. November 2024

Aufgrund des Art. 22 Abs. 2, Art. 23 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.02.1998 ((GVBl. S 796), zuletzt geändert durch die §§ 2, 3 des Gesetzes vom 24.07.2023 (GVBl. S. 385, 586)) und Art. 18 des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.04.1993 ((GVBl. 264), zuletzt geändert durch § 12 des Gesetzes vom 24.07.2023 (GVBl. S. 385)) in Verbindung mit § 25 Abs. 1 und 2 des Grundsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.08.1973 ((BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 16.12.2022 (BGBl. I S. 2294)) und Art. 5 des Bayerischen Grundsteuergesetzes vom 10.12.2021 ((GVBl. S. 638), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 21.04.2023 (GVBl. S. 128)) erlässt die Gemeinde Ofterschwang folgende Satzung:

§ 1 Hebesätze

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer A (für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe) 300 v. H.
2. Grundsteuer B (für Grundstücke) 360 v. H.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

Fischen i.Allgäu, 19.11.2024
Bruno Sauter
Erster Bürgermeister

Die Satzung liegt ab sofort im Bürgermeisterbüro der Gemeinde Fischen i.Allgäu, Am Anger 15, 87538 Fischen i.Allgäu, sowie in der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Hörnergruppe, Weiler 16, 87538 Fischen i.Allgäu, zur Einsichtnahme während der allgemeinen Öffnungszeiten aus.

Fischen i.Allgäu, den 19.11.2024

GEMEINDE FISCHEN I.ALLGÄU
Bruno Sauter
Erster Bürgermeister

331

1 Für gewöhnlich wird in einer Hebesatzsatzung neben den Hebesätzen für die Grundsteuer auch der Gewerbesteuerhebesatz festgesetzt. Dann ist der Begriff „Realsteuerhebesätze“ an dieser Stelle zu verwenden, als Rechtsgrundlage für die Satzung noch zusätzlich auf § 16 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 ((BGBl I S. 4167), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 411)) zu verweisen und in § 1 unter einer weiteren Nr. 3 der Hebesatz für die Gewerbesteuer aufzulisten.

Verordnung des Landkreises Oberallgäu

Änderung des Verordnung vom 05.08.1972 über das Landschaftsschutzgebiet Grünten, Großer Wald, Deutsche Alpenstraße und Wertachtal

Aufgrund von Art. 51 Abs. 1 Nr. 3 und Art. 43 Abs. 2 Nr. 3 des Bayerischen Naturschutzgesetzes – BayNatSchG in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.02.2011 (GVBl. S. 82, BayRS 791-1-U), das zuletzt durch Gesetz vom 23.12.2022 (GVBl. S. 723) geändert worden ist, erlässt das Landratsamt Oberallgäu folgende Verordnung:

§ 1

- (1) Der Geltungsbereich in § 1 Abs. 2 der Verordnung des Landkreises Oberallgäu über das Landschaftsschutzgebiet „Grünten, Großer Wald, Deutsche Alpenstraße und Wertachtal“ vom 26.7.1972 (Amtsblatt Nr. 24 vom 05.08.1972), zuletzt geändert mit Verordnung des Landkreises Oberallgäu vom 21.10.2015, wird wie folgt geändert: Der für die Aufstellung des Bebauungsplans „Brecheranlage“ vorgesehene Bereich im Nordosten des Ortes Kranzegg, Gemeinde Rettenberg, wird aus dem Landschaftsschutzgebiet herausgenommen.
- (2) Die neuen Grenzen ergeben sich aus dem beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieser Verordnung ist.
- (3) Im Übrigen bleiben die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes unberührt.

§ 2

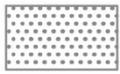
Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Sonthofen, 21.11.2024
Landratsamt Oberallgäu

gez.: Indra Baier-Müller, Landrätin

Landschaftsschutzgebietskarte

Zur Verordnung des Landkreises Oberallgäu über die Änderung des Landschaftsschutzgebiets „Grünten, Großer Wald, Deutsche Alpenstraße und Wertachtal“



Landschaftsschutzgebiet "Schutz des Grüntengebietes, des Großen Waldes, der Deutschen Alpenstraße und des Wertachtals" (Nr. 4.36.025)

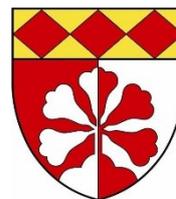


aus dem Landschaftsschutzgebiet herausgenommener Bereich

333



Bekanntmachung
der Gemeinde Ofterschwang
der Satzung über die Festsetzung der
Grundsteuerhebesätze der Gemeinde
Ofterschwang (Hebesatzsatzung) vom 22.11.2024



Hiermit wird die am 21.11.2024 vom Gemeinderat Ofterschwang beschlossene und am 22.11.2024 ausgefertigte Satzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze der Gemeinde Ofterschwang (Hebesatzsatzung) öffentlich bekanntgemacht:

SATZUNG

über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze²

(Hebesatzsatzung)

in der Gemeinde Ofterschwang
vom 22. November 2024

Aufgrund des Art. 22 Abs. 2, Art. 23 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.02.1998 ((GVBl. S. 796), zuletzt geändert durch die §§ 2, 3 des Gesetzes vom 24.07.2023 (GVBl. S. 385, 586)) und Art. 18 des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.04.1993 ((GVBl. 264), zuletzt geändert durch § 12 des Gesetzes vom 24.07.2023 (GVBl. S. 385)) in Verbindung mit § 25 Abs. 1 und 2 des Grundsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.08.1973 ((BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 16.12.2022 (BGBl. I S. 2294)) und Art. 5 des Bayerischen Grundsteuergesetzes vom 10.12.2021 ((GVBl. S. 638), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 21.04.2023 (GVBl. S. 128)) erlässt die Gemeinde Ofterschwang folgende Satzung:

§ 1 Hebesätze

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer A (für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe) 330 v. H.
2. Grundsteuer B (für Grundstücke) 350 v. H.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

Ofterschwang, 22.11.2024

Alois Ried
Erster Bürgermeister
332

Die Satzung liegt ab sofort im Gästeamt Ofterschwang, Kirchgasse 1, 87527 Ofterschwang und in der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Hörnergruppe, Weiler 16, 87538 Fischen i. Allgäu, zur Einsichtnahme während der allgemeinen Dienststunden aus.

Ofterschwang, den 22.11.2024

GEMEINDE OFTERSCHWANG

Alois Ried
Erster Bürgermeister

332

1 Für gewöhnlich wird in einer Hebesatzsatzung neben den Hebesätzen für die Grundsteuer auch der Gewerbesteuerhebesatz festgesetzt. Dann ist der Begriff „Realsteuerhebesätze“ an dieser Stelle zu verwenden, als Rechtsgrundlage für die Satzung noch zusätzlich auf § 16 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 ((BGBl I S. 4167), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 411)) zu verweisen und in § 1 unter einer weiteren Nr. 3 der Hebesatz für die Gewerbesteuer aufzulisten.

Sonthofen, den 26.11.2024



Indra Baier-Müller
Landrätin